



Nachrichten aus dem Kreisverband Esslingen

Einladung zur Kreismitgliederversammlung
am 8. Juli 2009 19:30 Uhr im

Waldheim
Waldheimstr. 26
73760 Ostfildern

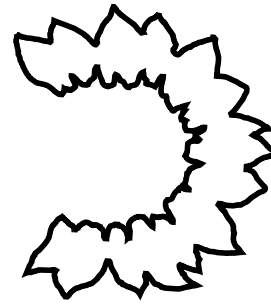
Tagesordnung:

1. Begrüßung und Vorstellung der Tagesordnung
2. Bericht von Ingrid Grischtschenko über die Neuordnung der Regionalversammlung
3. Berichte der Abgeordneten
4. Berichte Andreas Schwarz und Andrea Lindlohr über den Stand der Bundestagswahlkampagne

Anfahrt:

In Ostfildern von der Kirchheimer Str. in die Forststr. (von Stuttgart kommend links, von Esslingen nach rechts) abbiegen. Anschließend 4. Abzweigung rechts in die Waldheimstr. abbiegen.

Liebe Mitglieder...



Ob Europa, Region, Landkreis oder Kommune - wir haben es einmal mehr gemeinsam geschafft, die Wählerstimmen für die Grünen weiter nach oben zu schrauben und zusätzliche Mandate zu erringen. Das bewährte Triumvirat von den Fildern - Grischtschenko, Reichel, Eltrop - wird wieder die Kreisinteressen in der gestärkten Grünen Regionalfraktion vertreten. Die neue 14-köpfige Kreistagsfraktion ist die größte Grüne Kreistagsfraktion in Baden-Württemberg überhaupt. Und auch die 71 Gemeinderatsmandate (plus 14) suchen ihresgleichen. Diese verstärkte Verankerung in den Kommunalparlamenten unterstützt das angestrebte nachhaltige Wachstum für Grüne Politik in der Fläche. Überall dort, wo vor Ort Grüne Kommunalpolitik stattfindet und engagierte Menschen für Grüne Inhalte stehen, sind wir auch bei Wahlen erfolgreicher, können wir Mitmacher leichter gewinnen. Und auch Köpfe hat das Grüne Land: Mit Ingrid Grischtschenko (LE), Dieter Braummüller (Nürtingen) und Gerhard Bäßler (Hochdorf) haben wir drei Stimmenkönige bei den Gemeinderatswahlen im Landkreis zu verzeichnen. Bei den Listenergebnissen lassen wir die Sozialdemokraten teilweise bereits hinter uns. Und auch die 20-Prozent-Marke wurde in Kreiskommunen wie Wendlingen und Reichenbach geknackt.

Herzlichen Dank! Engagiert und ideenreich haben wir vor Ort geworben und überzeugt. Die Kreisaktion mit Fairen Rosen kam überall sehr gut an. Genmais-freies Popcorn stillte den kleinen Hunger bei Infoständen. Der Kreisverband ist kampagnefähig und steht selbst bei Wahlgeschenken für Inhalte. Das zeigt auch der Grüne Musterkonzessionvertrag, den der Kreisvorstand kurz vor den Wahlen noch via Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorstellte. Innerhalb der Grünen findet übrigens unsere Initiative landes- und bundesweite Beachtung.

Herzlich willkommen! Die Bundestagswahlen stehen als nächstes an. Und die Wahlkampfteams um unsere beiden Kandidaten Andrea Lindlohr und Andreas Schwarz ackern, damit der Boden für die Wahlkampagne bereit ist. Großflächenplakate an Straßen und Bahnhöfen, Kinospots und Bannerwerbung in den Internet-Ausgaben der Zeitungen sollen für eine größtmögliche Präsenz der Marke Grün im öffentlichen Raum sorgen. Dafür braucht der Kreisverband einmal mehr die Unterstützung der Ortsverbände, damit nach dem 27. September nichts geht ohne Grüne Regierungsbeteiligung. Dieser Anspruch ist zwar hoch, aber wer hätte gedacht, dass die Bürger der Landeshauptstadt bei den Kommunalwahlen uns Grünen das größte Vertrauen schenken und uns wie in Tübingen und Freiburg zur stärksten Kraft machen?

Träume beflügeln nicht nur uns, sondern vielleicht auch die Wähler.

Euer Kreisvorstand

Landnahme

Im Rahmen der Debatten um die Nahrungsmittelkrise kam zum ersten Mal in aller Deutlichkeit das Phänomen der Landnahme, auf Englisch „Land Grabbing“ ins öffentliche Bewusstsein. Ausländische Unternehmen oder Regierungen sichern sich per Pacht oder Kauf Teile der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche in Entwicklungsländern, um die darauf produzierten Erträge in ihren eigenen Ländern zu verkaufen: Japan in China und Brasilien, Indien in Burma, Ägypten in Uganda, China in Kasachstan, Mosambik und den Philippinen; der Hanco-Konzern aus Saudi-Arabien entlang des sudanesischen Nilllaufes, der südkoreanische Daewoo-Konzern in Madagaskar. Dies lässt Befürchtungen laut werden, dass in Entwicklungsländern die ökonomische Not kurzfristig über den Ausverkauf der eigenen Ländereien gelindert wird.

Als eine der Ursachen für die Unruhen auf Madagaskar wurde auch der Protest der Bevölkerung gegen den Ausverkauf an Daewoo genannt. Auf meinen Antrag wurden im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages diese Vorgänge diskutiert. Obwohl sich - wie im Falle Madagaskars - herausstellte, dass die in der kritischen Öffentlichkeit gehandelten Zahlen weit übertrieben waren (so wurde behauptet, dass Daewoo 50 % der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen pachten wollte, obwohl es sich um 50 % der bis heute landwirtschaftlich genutzten Fläche handelt, was nur ca. 5-10% der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche sind),



werden Landpachten ein zunehmend größeres Problem. Und wir müssen uns dem stellen.

In der Antwort auf meine Anfrage räumte die Bundesregierung ein, dass durch solche Landnahmen eine verschärfte Flächen- bzw. Ressourcenkonkurrenz und steigende Landpreise resultieren. Insbesondere die kleinbäuerliche Landwirtschaft kann bei den vielfach unzureichend gesicherten Land- bzw. Landnutzungsrechten weiter marginalisiert werden und Kleinbauern ihre Existenzgrundlage verlieren. Kauf- und Pachtvorhaben in einer Größenordnung, die nicht auf lokale Verhältnisse abgestimmt sind, können zudem die Situation in Ländern mit bestehenden Land- und Landnutzungskonflikten weiter verschärfen. Allerdings können auf die lokalen Bedürfnisse gut abgestellte ausländische Investitionsvorhaben auch die Produktivität, Versorgung und Einkommenssituation in den Partnerländern verbessern. Wichtige Voraussetzungen sind grundsätzlich, dass Transparenz herrscht, eine öffentliche Debatte über solche ausländischen Käufe stattfindet, dass keine Tropenwälder oder andere wertvolle Biotope betroffen sind, keine genetisch verändertes Saatgut zum Einsatz kommt und keine Umsiedlungen, geschweige denn Enteignungen, durchgeführt werden.

(die Bundestagfraktion von Bündnis90/Die Grünen hat dazu einen Antrag eingebracht;
Drs.-Nr. 16/12735,)

Uschi Edi, MdB

Powerteam im Kreistag

Aus der Kreistagswahl gehen die Grünen gestärkt hervor. Nachdem der stellvertretende Fraktionsvorsitzende auf der Pressekonferenz Anfang Mai noch einen Zuwachs an Mandaten als Zielvorgabe angekündigt hatte, können sich die Kreisgrünen nun über zwei weitere Mandate freuen. Acht Direkt- und sechs Überhangmandate im Kreistag und damit 14 Prozent landkreisweit konnten die Grünen im Landkreis Esslingen erzielen.

Das beste Ergebnis erzielten die Grünen mit 18,77 Prozent in Kirchheim unter Teck: Sie liegen damit nur 73 Stimmen hinter der SPD. Andreas Schwarz lag mit 4071 Stimmen noch vor dem CDU-Fraktionsvorsitzenden. Sabine Bur am Orde-Käß, welche über die Zweitauszählung in den Kreistag einzieht, erhielt mit knapp 3.200 Stimmen noch 400 Stimmen mehr als der SPD-Fraktionsvorsitzende.

In der neuen Kreistagsfraktion werden neun Frauen und fünf Männer mitarbeiten. Die Wahlkreise Esslingen am Neckar, Kirchheim unter Teck und Reichenbach entsenden jeweils zwei Kreisrätinnen/Kreisräte. Unter den 14 Mitgliedern sind viele amtsführende Stadträtinnen und Stadträte. „Wir haben damit eine sehr gute kommunale Kompetenz in der Fraktion“, macht

Andreas Schwarz deutlich, in dem er auf die große kommunalpolitische Erfahrung der neuen Fraktion verweist. „Ich freue mich schon auf die Arbeit, da wir ein tolles Team sein werden und Einiges bewegen können“. Das gute Ergebnis der Kreisgrünen führt Andreas Schwarz darauf zurück, dass sich einerseits sympathische und kompetente Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt haben und andererseits die Arbeit der Grünen Kreistagsfraktion in Sachen Klimaschutz, Finanzen, Schulentwicklung und Krankenhaus gewürdigt wurde.

Der neue Kreistag wird erst im Herbst zusammentreten. Die neue Fraktion will sich im Juli bzw. September konstituieren.

Die neue Kreistagsfraktion



Marianna Erdrich-Sommer
aus Wendlingen



Andreas Schwarz aus
Kirchheim unter Teck



Jürgen Menzel
aus Esslingen



Gerhard Bäßler
aus Hochdorf



Carmen Tittel
aus Esslingen



Hilde Metzger aus
Leinfelden-Echterdingen



Matthias Gastel
aus Filderstadt



Barbara Elers
aus Nürtingen



Gabriele Probst
aus Neuhausen



Sabine Bur am Orde-Käß
aus Kirchheim unter Teck



Margerete Schick-Häberle
aus Ostfildern



Matthias Weigert
aus Reichenbach



Walburga Duong aus
Neckartenzlingen



Georg Zwingmann
aus Lenningen

Green New Deal: Der neue Grüne Gesellschaftsvertrag

Kurze Eindrücke von der BDK in Berlin 8.-10.6.2009

Im Vorfeld waren wir, Heike Habermann, Winfried Kretschmann, Andrea Lindlohr, Astrid Linnemann, Jürgen Menzel, Wolfgang Schreiner und Andreas Schwarz, bereits sehr gespannt auf diese BDK. Es lagen nicht weniger als 1200 (!) Änderungsanträge zum eigentlich schon sehr professionell vorbereiteten Wahlprogramm vor.

Der neue Grüne Gesellschaftsvertrag beinhaltet unter anderem:

- Investitionen in Klima, Bildung und Gerechtigkeit
- Erneuerbare Energien, Effizienz und Energiesparen
- Eine Bürgerversicherung für Alle statt einer Zwei-Klassenmedizin
- Datenschutz im Grundgesetz
- Globale Abrüstung und eine atomwaffenfreie Welt

Und mit seiner Hilfe sollen 1 Million neue Jobs geschaffen werden. Die Maßnahmen hierzu:

- Atomausstieg
- Verzicht auf den Bau neuer Kohlekraftwerke
- Grünes Erneuerbare-Wärme-Gesetz
- Ausbau der Strom- und Wärmenetze
- Masterplan Netzintegration
- Ausbau Kraft-Wärme-Koppelung (KWK)
- Grünes Energieeffizienzgesetz
- Top-Runner-Ansatz zur Effizienzsteigerung von energiebetriebenen Geräten

Und das Rechenbeispiel:

Branche	zusätzliche Arbeitsplätze
Erneuerbare Energien + Effizienzsteigerung	200.000
Gebäudesanierung	150.000
Landwirtschaft/Biobranche	30.000
Ressourcen	25.000
Bildung und Betreuung	185.000
Gesundheit und Pflege	150.000
Sozialer Arbeitsmarkt	60.000
Abbau von Schwarzarbeit	200.000
	1.000.000

Unterschrift des neuen Grünen Gesellschaftsvertrags

Alle Delegierten hatten die Möglichkeit symbolisch den Gesellschaftsvertrag mit zu unterzeichnen. Dieser wurde auf der BDK sensationell ohne jegliche Gegenstimme und Enthaltung einstimmig verabschiedet.



Green New Deal
Investieren in die Zukunft

Öffentlichkeitsarbeit zur Konzessionsvertragsvergabe gestartet

Mit der Landespressekonferenz am 04.05.2009 wurde der grüne Konzessionsvertrag vorgestellt, der unter Federführung des Kreisverbands Esslingen zusammen mit dem Landesverband von Juristen ausgearbeitet wurde. Der Vertrag hat landesweit für ungewöhnlich große Presseresonanz gesorgt auch mit Nachrecherche durch die Deutsche Presseagentur (dpa) und die Südwestpresse. Es gab über 50 Anfragen von Kommunen aus dem Land, aber auch bundesweite Anfragen beim Landesverband und bei Jürgen Menzel. Nachfolgend abgedruckt seht ihr einen von zahlreichen Artikeln in der Presselandschaft Baden-Württembergs - ein Artikel in der Nürtinger Zeitung aufgrund der Pressekonferenz des Kreisverbands am 18.05.2009. In dem Artikel wird das Ausmaß der Thematik sehr gut dargestellt. Heftige Gegenreaktionen kamen von der EnBW und vom Gemeindetag Baden-Württemberg.

Derzeit wird zum Konzessionsvertrag noch ein Rechtsgutachten erstellt und erfolgt die landes- und bundesweite Vernetzung der Kommunalos. Zur Finanzierung des Rechtsgutachten sind noch Privatspenden an den OV Esslingen erwünscht.

Wenn sich die neuen grünen Gemeinderatsfraktionen konstituiert haben und die nächsten Haushaltsberatungen abgeschlossen sind, soll ein Seminar vom Kreisverband zu diesem „heißen“ Thema angeboten werden...ähnlich wie das Jürgen Menzel

schon zur Ökostromausschreibung in Kommunen angeboten hatte. 2010 ist das Datum, zu dem wir das Thema Konzessionsvertrags-Neuabschlüsse oder gar Rekommunalisierung der Stromnetze im Landkreis Esslingen spätestens in die Gemeinderäte tragen müssen. Die anderen Gemeinderatsfraktionen sich dann an unserer Fachkompetenz zum Thema abarbeiten müssen.

Ein kleiner Vorgeschmack: In Gomaringen hat vor kurzem der Gemeinderat die Neuvergabe des Konzessionsvertrags an die Fairenergie Reutlingen anstatt an die EnBW beschlossen. Die dortige grüne Gemeinderatsfraktion hat sich im Vorfeld von Jürgen Menzel beraten lassen.

Noch mehr Infos können auch in der Ausgabe 4/2009 der AKP nachgelesen werden, die dieser Tage erscheint.

Jürgen Menzel (OV Esslingen)
Konzessionsbeauftragter
B90/Die Grünen Landesverband
Baden-Württemberg

Nürtinger Zeitung 19.Mai.09

Grüne ärgern EnBW

Alternativer Muster-Konzessionsvertrag zeigt Chancen des liberalisierten Strommarkts auf. Der Esslinger Kreisverband der Grünen bläst zum Angriff auf die Vormachtstellung der EnBW als Stromdienstleister. Mit einem Musterkonzessionsvertrag wollen die Grünen den Kommunen den Umstieg auf eine dezentrale und umweltfreundliche Energiepolitik schmackhaft machen.

Von Uwe Gottwald

Konzessionsverträge sind im Prinzip Wegrechte für Stromtrassen. Je nach Ertrag des Konzessionsnehmers bekommen die Kommunen ein Entgelt dafür, dass sie diese Rechte dem Stromdienstleister überlassen.

Die Verträge hatten bisher eine Laufzeit von 20 Jahren. Im Jahr 2012 enden viele dieser Verträge, auch in Kommunen des Landkreises Esslingen. Für die Kreis-Grünen ist das die Gelegenheit, die Kommunen darauf aufmerksam zu machen, wie sie künftige vertragliche Regelungen mehr zu ihren Gunsten gestalten können. Weil die Frage des Netzbetriebs energie-wirtschaftlich keine einfache Kost ist, haben die Kommunen ehemals ihre Spitzenverbände beauftragt, einen Mustervertrag auszuhandeln. Jürgen Menzel, energiepolitischer Sprecher der Grünen im Kreis, sieht heutzutage jedoch die Energiepolitik unter völlig veränderten Vorzeichen: „Seit dem neuen Energiewirtschaftsgesetz Ende der 90er-Jahre ist der Energiemarkt zumindest theoretisch liberalisiert.“

Die seitdem mögliche Konkurrenz um Leitungsnetze sieht Menzel als Chance für die Kommunen, Vertragsbedingungen auszuhandeln, die eine dezentrale und damit effizientere und umweltfreundlichere Energiepolitik erlauben. Allerdings, so seine Einschätzung, trauten sich viele Städte und Gemeinden die Kehrtwende noch nicht zu. Ganz im Gegenteil: Nach Menzels Beobachtungen trete die EnBW jetzt schon an Kommunen heran, um sich die Konzessionsrechte frühzeitig zu den selben Vertragsbedingungen für weitere 20 Jahre zu sichern. „Manches scheint in Hinterzimmern von Rathäusern festgezurrt zu werden, ohne dass Gemeinderäte mitreden können.“

Der Grünen-Kreisverband hat die Kosten für eine fachanwaltschaftliche Beratung zur Ausarbeitung eines alternativen Musterkonzessionsvertrags übernommen, damit die gewählten Ehrenamtlichen sich in der heißen Phase der Vertragsverhandlungen kompetent einbringen können. Und die beginnt bereits Ende nächsten Jahres, weil die Kommunen verpflichtet sind, das Vertragsende zwei Jahre zuvor zu publizieren.

Menzel sieht für die Kommune drei Möglichkeiten: „Entweder sie verlängern mit dem alten Konzessionsnehmer, in der Regel der EnBW, dann aber zu

verbesserten Bedingungen, oder sie handeln diese Bedingungen mit einem Konkurrenten aus oder sie kaufen das Netz zurück und betreiben es selbst.“ Zu verbesserten Vertragsbedingungen gehört für Menzel die Ausrichtung auf eine dezentrale Energieerzeugung, um regenerative Energiequellen wie Windkraft, Solarenergie und vor allem Blockheizkraftwerke mit ihrer Kraft-Wärme-Koppelung zu begünstigen.

Stefan Faiß vom Grünen-Kreisvorstand dazu: „Das kommt dem örtlichem Handwerk und der regionalen Wertschöpfung zugute und macht ein Stück weit unabhängig von importiertem Gas und Öl.“ Diese klare Absichtserklärung zum Ausbau alternativer Energiequellen könne man sich als Kommune in den Verträgen zusichern lassen.

Mustervertrag macht detaillierte Vorschläge

Der Mustervertrag gibt auch Anhaltspunkte für einzelne Verbesserungen. So könne geregelt werden, dass der Konzessionsnehmer und nicht die Kommunen für Kosten geradestehen, die in Folge von Einrichtungen für die Stromversorgung entstehen, zum Beispiel im Straßenbau bei der Verlegung von Erdkabeln. Zurückgedrängt werden soll auch der Verkauf von elektrischer Energie für Heizanlagen, die laut Menzel nicht kostendeckend abgegeben werde und von der Gesamtheit der Stromverbraucher getragen werden müsse. Ärgerlich für Kommunen seien auch zurückgehende Einnahmen aus den Konzessionsverträgen, zum Beispiel weil der Energieversorger Stromlieferungsverträge für bestimmte Privatkunden immer häufiger in Sondertariverträge für gewerbliche Strombezieher umwandle. Allein im letzten Jahr seien den Kommunen im Land rund 30 Millionen Euro weniger an Konzessionsabgabe ausgezahlt worden. Auch in solchen Fragen könnte mehr Transparenz und Mitsprache für die Kommunen vertraglich festgeschrieben werden. Eine regelmäßig wahrgenommene Berichtspflicht, Vertragsstrafen und Ausstiegsklauseln sollen garantieren, dass es nicht nur bei der Absicht bleibt.

Konkurrenzsituation für Verhandlungsposition nutzen

Die Konkurrenz auf einem liberalisierten Strommarkt stärke die Kommunen darin, ihre Forderungen durchzusetzen. Als Alternative könnten andere Akteure ins Spiel gebracht werden, zum Beispiel andere oder auch eigene Stadtwerke, die das Netz von der EnBW zurückkaufen. „Interessenten müsste es mittlerweile genügend geben, die Erfahrungen zeigen, dass es sich lohnt“, glaubt Menzel. Mit dem Gasnetz seien im Durchschnitt 7,5 Prozent, mit dem Stromnetz neun Prozent Rendite zu erzielen. Andere Kommunen mit eigenen Stadtwerken hätten das bereits vorgemacht, im Bodenseekreis habe es im Schulterschluss von sechs Gemeinden eigens eine Neugründung von Stadtwerken gegeben, um die wirtschaftlichen Vorteile einer regionale Energiepolitik selbst zu nutzen.

Dass die EnBW nervös werde, zeige eine erste Reaktion gegenüber dem Grünen-Landesverband, nachdem dort bereits rund 50 Anfragen von Kommunen eingegangen seien. Die Grünen wollen nicht locker lassen und ihren Mustervertrag flächendeckend in die politische Diskussion einbringen.

Platon, Uschi und der Prinz

Welche Bedeutung haben eigentlich Werte und Tugenden im Zeitalter der Globalisierung?

In einer Welt, die immer mehr zusammenwächst, in der McDonalds überall zu finden ist?

In der überall amerikanischer Gangsterrap gehört wird, obwohl viele Menschen den Inhalt gar nicht verstehen?

Bereits vor zweieinhalbtausend Jahren gab der griechische Philosoph Platon in seinem Werk "Der Staat", das Grundgerüst der Tugenden vor: Mäßigkeit, Tapferkeit und Klugheit mit der übergeordneten Tugend der Gerechtigkeit.

Der Begriff "Tugend" leitet sich von "taugen"

ab und meint eine umfassende Tauglichkeit des Menschen.

Gelten sollten sie überall in einem Mindestmaß an einvernehmlichen Regeln und in Form eines respektvollen und würdigen Miteinanders von Menschen.

Uschi Eid (MdB) im Gespräch mit einem afrikanischen Prinzen am Freitag 17. Juli um 19 Uhr in der Zehntscheuer, Maiergasse 3 in Echterdingen

Der 60-jährige Buchautor Asserate, im kaiserlichen Haushalt von Äthiopien aufgewachsen, betreut von einem österreichischen Kindermädchen und einer deutschen Erzieherin, dreht die Sichtweise um: Er betrachtet und beobachtet uns Europäer. Für sein 2003 erschienenenes Buch "Manieren" erhielt er den Chamisso-Preis.

Herzliche Einladung zu dieser öffentlichen Veranstaltung!

Termin bitte vormerken.

Politisch-Literarischer Abend

"Afrika beginnt im Schwarzwald"

Uschi Eid im Gespräch mit dem Autor Rainer Wochele über sein Buch "Der General und der Clown"

7. Juli, 19.30 Nürtingen, Theater im Schlosskeller

14. Juli, 19.30 Esslingen, Altes Rathaus, Bürgersaal

15. Juli, 19.30 Lenningen, Lenninger Schlössle

Aufruf zu den beiden Anti-AKW-Demonstrationen im Juli und September

Nach den erfolgreichen Juni-Wahlen sollten wir auch im bevorstehenden Bundestagswahlkampf deutlich „Flagge“ (also unsere Transparente und Fahnen) zeigen und die Anti-AKW-Bewegung durch zahlreiche TeilnehmerInnen bei den beiden bevorstehenden großen Demonstrationen unterstützen. Also: Viele Menschen ansprechen, anmailen, anrufen und: DABEI SEIN!

Samstag 4. Juli in Neckarwestheim

Siehe www.bbm.de

Samstag, den 5. September in Berlin

Ich weiß, Berlin ist weit weg. Aber immerhin haben es letzten November auch 3 grüne Busse aus Baden Württemberg nach Gorleben geschafft.

Freunde besuchen in Berlin, oder auf der Hin- oder Rückfahrt im Urlaub einplanen oder.....

Vielleicht und hoffentlich organisiert ja der Landesverband dazu wieder Busse.

Gerhard Härer

OV Aichtal - Neckartal

Eine kleine Buchempfehlung

Eine Stadt macht blau

Politik im Klimawandel das Tübinger Modell

(Kiepenheuer & Witsch, 8,95€)

Eigentlich klar, dass **Boris Palmer** als Tübinger OB auch mal ein Buch schreiben wird. Klar auch, dass die Unistadt-Tübingen (hohes grünes Klientel) nicht mit den kleineren Städten in unserem Landkreis verglichen werden kann.. Die Übernahme von Ideen ist natürlich schwer, weil es bei uns keine grüne Bürgermeister gibt. Aber doch. lesenswert um einige Tipps für die Ratsarbeit zu holen.

Und irgendwie muss wohl die Kampagne „Tübingen macht blau“ bei der Bevölkerung gut angekommen sein, denn immerhin haben die Tübinger Grünen bei den Kommunalwahlen nochmals zugelegt.

Gerhard Härer

Terminkalender 2009

- Sa 4. Juli Neckarwestheim Demonstration
- Di 7. Juli "Afrika beginnt im Schwarzwald" Uschi Eid im Gespräch mit dem Autor Rainer Wochele Nürtingen, 19.30 Theater im Schlosskeller
- Mi 8. Juli. Kreismitgliederversammlung Ostfildern, 19:30 Waldheim Ruit
- Di 14. Juli "Afrika beginnt im Schwarzwald" Uschi Eid im Gespräch mit dem Autor Rainer Wochele Nürtingen, 19.30 Esslingen, Altes Rathaus, Bürgersaal
- Mi 15. Juli "Afrika beginnt im Schwarzwald" Uschi Eid im Gespräch mit dem Autor Rainer Wochele Nürtingen, 19.30 Esslingen, Lenningen, Lenninger Schlössle
- Fr 17. Juli Uschi Eid (MdB) im Gespräch mit einem afrikanischen Prinzen, 19 Uhr in der Zehntscheuer, Maiergasse 3 in Echterdingen
- So 27. Sept. Bundestagswahl
- Sa 10. Okt. KVo-Treffen

Kreisgeschäftsstelle - Öffnungszeiten

Plochinger Straße 8, 72622 Nürtingen
Tel.: 07022/35851,
kv.esslingen@gruene.de

Montag	9.00 - 12.00 (Dennis Neuendorf)
Dienstag	9.00 - 12.00 (Sonja Abele)
Mittwoch	9.00 - 12.00 (Dennis Neuendorf)
Donnerstag	9.00 - 12.00 (Sonja Abele) 17.30 - 19.30 (Margit Riedinger)

Impressum:

GrünES - Rundbrief des Kreisverbands
Esslingen

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen /
Kreisverband Esslingen

Plochinger Straße 8, 72622 Nürtingen, Tel:
07022/35851, Fax: 07022/931509

E-Mail: kv.esslingen@gruene.de ·

www.gruene.de/esslingen/

Redaktion: Kreisvorstand, Layout: Dennis
Neuendorf, · Ausgabe: 2/2009, Auflage: ca.
400

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben
nicht immer die Meinung der Redaktion
bzw. des Kreisvorstandes wieder.

Der Rundbrief ist auch als Download auf
unserer Homepage erhältlich.